Haas Archiv

Nr. 274. Sonntag, den 22. November 1908. 22. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli einschl. Schanzenstr. bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu **vier** Beilagen und das Illustrierte Unterhaltungsblatt **„Die Neue Welt“**.

Staatsmännische Kunststücke.

Von den Staatsmännern der alten Schule darf man keine neuen Ideen verlangen und wir haben uns darum auch nicht etwa von der optimistischen Erwartung leiten lassen, der Reichskanzler werde den Deutschen eine neue Begründung für die Forderung von 500 Millionen bringen, wie sie in der Finanzreform enthalten ist. Er glaubte aber etwas Neues zu sagen, indem er die verbrauchte Weisheit vortrug, die er aus den verschiedenen Kundgebungen deutscher Hurra-Professoren, der Herren Schmoller, Adolf Wagner usw. entlehnt hat. Diese hochmögenden Gelehrten fassen bekanntlich ihre Weisheit dahin zusammen, daß der Deutsche zu viel Wein, Bier und Schnaps trinke und für diese Genüsse viel zu wenig Steuern bezahle. Diese tiefsinnige Entdeckung hat sich der Reichskanzler zu eigen gemacht und sie in seiner Weise verarbeitet.

Das gute deutsche Volk kann und muß viel vertragen. Zur Zeit sind die bürgerlichen Parteien, die in den jüngsten Tagen der Krise nicht die geringste Tat und nur wertloses Geschwätz aufzuweisen hatten, bemüht, eben diesem Volke einzureden, daß „ein welthistorischer Erfolg“ errungen sei, den man in erster Linie dem „großen“ und „geschickten“ Reichskanzler zu danken habe. Während das Volk, das auch mit der Lupe nicht den Schatten eines positiven Erfolges entdecken kann, ungläubig und mißtrauisch diesen Deklamationen zuhört, erscheint der Reichskanzler schon auf dem Plan, um die Belohnung für seinen „Erfolg“ einzufordern. Er gesteht zu, daß die ewige Pumperei und Finanzklemme des Reiches eine Gefahr gegenüber dem Auslande ist, dessen galliger Spott das Reich als schwer geharnischten, aber zerlumpten und bettelnden Kürassier dargestellt hat. Aber wer trägt die Schuld an diesem elenden Zustand, der uns solchem Hohn Europas preisgibt?

Wir hatten mit Millionen anderer Deutschen geglaubt, der Militarismus, das Wettrüsten, die Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik hätten die enorme Steigerung der Ausgaben des Reiches in den letzten zwanzig Jahren bewirkt und damit auch das chronische Defizit und die so rasch steigende Schuldenlast herbeigeführt.

Jetzt will der Reichskanzler den Spieß umdrehen. Nicht die Reichspolitik ist es, die solche Wirkungen gehabt hat, sondern der widerspenstige deutsche Steuerzahler, der zu wenig zahlt und dadurch das Reich in Finanznöte und Schulden gestürzt hat. Wirklich ein artiges Kunststückchen! Leider sind die Deutschen sehr mißtrauisch geworden und die Ereignisse der letzten Tage waren nicht geeignet, dies Mißtrauen zu vermindern. Wir sagen es dem vielgewandten Kanzler gerade heraus, daß er im ganzen Deutschen Reich keinem Menschen, der auf gesunde fünf Sinne Anspruch machen kann, mit solchen Verrenkungen der Tatsachen imponieren wird. Das Zahlenmaterial des Kanzlers wird überall Kopfschütteln erregen. Er suchte zu beweisen, daß Deutschland „kein armes Land“ sei. Für uns steht es fest, daß England und Frankreich mehr Hülfsquellen haben als Deutschland, und wenn man unsere Finanzen mit denen dieser Länder vergleicht, so vergißt man stets absichtlich oder unabsichtlich hinzuzufügen, daß das deutsche Volk außer mit den Ausgaben und Schulden des Reiches auch noch mit den Ausgaben und Schulden der Einzelstaaten belastet ist. Stellt man dies alles aber zusammen, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Gewiß haben die anderen Kulturvölker auch Steuerlasten zu tragen, die sie hart drücken. Aber wenn der Reichskanzler das deutsche Volk glauben machen will, es werde von anderen Völkern ob der Geringfügigkeit der Lasten, die es zu tragen hat, beneidet, so wird man über solche Zumutungen lachen oder man wird sie wie Hohn empfinden. Und dabei spricht man von oben herab von Sparsamkeit in demselben Atemzuge, da man 500 Millionen neue Steuern fordert!

In der bürgerlichen Presse finden wir den mageren Trost, man möge es mit den 500 Millionen neuer Steuern nicht so genau nehmen. Der Reichsschatzsekretär, so heißt es, operiere nur mit dem alten Kunstgriff, mehr zu fordern als notwendig sei, um dann das Notwendige um so sicherer zu bekommen. Manche wollen sogar die Hoffnung erwecken, Herr Sydow wolle sich mit 300 Millionen begnügen. Das glauben wir nicht. Wohl aber glauben wir, daß die Abstriche, die eventuell an den Forderungen des Schatzsekretärs gemacht werden, nur mit Rücksicht auf die herrschenden Klassen beabsichtigt sind. Die grimmige Opposition der Agrarier gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer läßt ja wohl recht ahnen, was da noch kommen wird. Die neuen Lasten werden also wiederum von denen getragen werden müssen, deren Schultern schon jetzt mit neun Zehnteln der allgemeinen Staatslasten bepackt sind. Wenn diese Mühseligen und Beladenen noch mit weiteren 300 bis 400 Millionen für die angebliche Unterlassungssünde, daß sie das Reich nicht durch größere Opferwilligkeit von seinem Defizit und seinen Schulden befreit, büßen müßten, so wäre das schon hart genug, leider wird die „Buße“ aber noch bedeutend schwerer wiegen.

Wo bleibt übrigens die Opferwilligkeit der Besitzenden und vor allem auch der regierenden Fürsten und ihres Familienanhanges? Sie sind nicht nur steuerfrei; ihre Zivillisten und sonstigen Bezüge sind auch im Laufe der Jahre noch erhöht worden. Auch dazu müssen die Volksmassen in ihren Steuern noch die Gelder aufbringen. Und dann macht man dem Volk noch den Vorwurf ungenügender Opferwilligkeit!

Es mag Leute geben, die in dem Kanzler den „Mut“ bewundern werden, der dazu gehört, die Schuld an der Finanznot auf das Volk abwälzen zu wollen; manche werden sich auch durch diese echt junkerliche Kühnheit verblüffen lassen. Solche Schwachnervigkeit ist heutzutage ja nicht selten. Wir gehören glücklicherweise nicht zu den Elementen dieser Art und wir wissen, daß man solche „staatsmännischen“ Kunststücke nicht zweimal machen kann.

Hundertmal ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Finanzklemme im Reiche nur ganz vorübergehend behoben werden kann, selbst wenn der Block so gefällig sein sollte, die 500 Millionen ohne Abzug zu „apportieren“. Es können dann nur die Löcher zugestopft werden, die bisher im Budget gewesen sind, aber bald werden neue entstehen. Die Flottenpatrioten drängen unablässig auf weitere Flottenbauten, und sie werden wie bisher solche auch durchzusetzen wissen. Die unaufhörliche Vergrößerung und die immer kostspieliger werdende Ausrüstung der großen Panzerschiffe werden die Ausgaben enorm steigern. Zugleich drängen die Konservativen aber auch auf eine neue Vergrößerung des Landheeres, da sie die einseitigen Flotteninteressen nicht teilen. Abgesehen von diesen Strömungen aber wird das wesentlich von Deutschland geförderte Wettrüsten im Gange bleiben. Solange diesem nicht Einhalt getan werden kann, sind alle Ankündigungen von „Sparsamkeit“ nur Redensarten und weiter nichts.

In einigen Jahren wird Deutschland wieder vor der gleichen Finanzklemme stehen. Daß Fürst Bülow dann noch Reichskanzler sein wird, glauben wir kaum.

Aber wer zu dieser Zeit auch Reichskanzler sein mag — wenn er es wagen sollte, alsdann abermals zu behaupten, daß nur der deutsche Steuerzahler es sei, der die Verschuldung und die Finanzklemme des Reiches zu verantworten habe, der würde die Entrüstung ganz Deutschlands gegen sich herausfordern. Daß dies heute nicht schon der Fall ist, liegt an der Eigentümlichkeit der Deutschen, daß sie in solchen Dingen so schwerfällig sind.

Dafür müssen sie denn auch büßen und zahlen.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 20. November.

Die heutige Sitzung eröffnete der Präsident mit der Mitteilung des Einganges einer Beileidskundgebung des ungarischen Abgeordnetenhauses anläßlich der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Radbod“. Bezüglich der als erster Punkt auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen, die Grubenkatastrophe betreffend, erklärte sich der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wohl zur Beantwortung bereit, aber erst am künftigen Dienstag, da die preußische Bergverwaltung, deren Anwesenheit bei Besprechung der Angelegenheit absolut erforderlich sei, heute der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses beiwohnen müsse, wo über dieselbe Sache verhandelt werde. Darauf wurde die Beratung der neuen Steuervorlagen fortgesetzt und erhielt als erster Redner der Konservative Freiherr v. Richthofen das Wort. Er folgte insoweit den Spuren des Reichskanzlers, als er die Aufbringung mehr neuer Steuern als eine patriotische Pflicht anzuerkennen bereit ist. Um das Reich nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich stets schlagfertig und gefechtsbereit zu machen, sei die geforderte Summe wohl nicht zu hoch; er und seine Freunde sind auch bereit, den meisten der vorgeschlagenen Steuern zuzustimmen — selbstverständlich nur denjenigen, die den Massenkonsum treffen. Unter keinen Umständen wollen aber er und seine Klassengenossen ihr patriotisches Pflichtgefühl in bezug auf die Ausdehnung der Erbschafts- und die Nachlaßsteuer auf seine Leistungsfähigkeit geprüft wissen. Das sei, so meinte er, kein agrarischer Standpunkt, sondern ein allgemein ethischer. Nun weiß man doch, wie die Ethik der preußischen Junker beschaffen ist bezw. was sie darunter verstehen.

Der nächste Redner war unser Genosse Geyer. Er griff in der Einleitung seiner vorzüglichen Rede den Herrn Reichskanzler scharf an wegen seines Ausschweigens über das Ergebnis seiner Unterredung mit dem Kaiser über die Reichstagsverhandlungen betreffs des Kaiserinterviews. In vollkommener Uebereinstimmung mit der sozialdemokratischen Fraktion betonte er, daß bei der zu Tage getretenen Mißachtung des Reichstages dieser die Pflicht habe, keinen Pfennig neuer Steuern zu bewilligen, bis er nicht eine ausreichende Garantie dafür besitzt, daß nur noch mit seiner Zustimmung Politik gemacht werde. Im übrigen werden die Vertreter der Sozialdemokratie bei nächster passender Gelegenheit dem Herrn Reichskanzler die Zunge schon lösen. Der Redner ließ sich durch die mehrfachen Rufe des Januschauer Oldenburg und anderer von der Bülow-Schutztruppe, denen diese Einleitung sehr unangenehm war, nicht im geringsten beirren, sondern sagte in dieser Beziehung, was gesagt werden mußte, und der Präsident war einsichtig genug, nicht störend oder hemmend einzugreifen, trotzdem ihm der Chef der Reichskanzlei v. Loebell, dem Anschein nach, sehr dringend klarzumachen suchte, daß das alles nicht zur Finanzreform gehöre. Aber unser Redner wies im weiteren Verlaufe seiner Rede sehr eingehend nach, daß die in erster Linie durch das persönliche Regiment herbeigeführte politische Lage eine der Hauptursachen der Finanzkalamität sei und bertrat alsdann gegenüber den Steuervorschlägen der Regierung, wodurch abermals wie bisher wieder der Druck auf die Schultern der breiten Massen abgeladen werden sollten, sehr energisch den von der Sozialdemokratie stets eingenommenen Standpunkt der direkten progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer und Ausdehnung der Erbschaftssteuer einschließlich einer Nachlaßsteuer. Daß Genosse Geyer nebenher auch die gestern vom Reichskanzler entwickelten volkswirtschaftlichen Karlchen Miesnickideen über das Sparen unten und oben einer ätzenden Kritik unterzog, versteht sich von selbst. Mit dem Hinweis, daß spätere Redner unserer Fraktion die anderen vorgeschlagenen Steuern eingehend behandeln würden, wandte er sich insbesondere der Tabaksteuer zu. Aus der Begründung der Steuervorlage sowie unter Bezugnahme auf seine eigenen reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Tabakbesteuerung seit Bismarcks Zeiten gelangte er zu dem Schluß, daß durch die vorgeschlagene Art der Besteuerung das Genußmittel des kleinen Mannes auf das schwerste getroffen werde, was namentlich in der gegenwärtigen Krise und deren Folgen geradezu ruinös auf die gesamte Tabakindustrie, hauptsächlich aber auf die mittleren und kleinen Betriebe wirken müsse.

Die nachfolgende Rede des Reichsparteilers Fürsten Hatzfeldt war eigentlich nur eine ins diplomatische übersetzte Rede des ersten, des konservativen Redners. An Heer und Flotte darf nicht gespart werden, die verbrauchten Summen müssen her, aber uns, die Besitzenden, laßt ungeschoren. Den Schluß machte der Antisemit Raab, der auch in Heer und Flotte nicht sparen und der Regierung bewilligen will, was sie für notwendig hält, aber an einzelnen der vorgeschlagenen Steuern, entgegen dem Wunsche des erhabenen Blockmeisters, herumnörgelte, dafür aber gleich eine Anzahl anderer Steuern in Vorschlag brachte, im Falle die eine oder andere der geforderten abgelehnt oder nicht im vollen Umfange bewilligt werden sollte. Im allgemeinen stimmen die von Raab entwickelten Ansichten über neue Steuern mit denen der Konservativen ziemlich überein, auch insofern, als er mit jenen in den Vorlagen einen Weg zur gründlichen Sanierung der Reichsfinanzen erblickt oder auch zu erblicken behauptet. Deshalb glaubt er auch nicht, oder gibt sich doch Mühe, den Anschein zu erwecken, als glaube er nicht an die von Geyer angedeutete neue Heeres- und Flottenvermehrungsvorlage in den nächsten Jahren.

Wo gespart werden könnte.

Die volkswirtschaftlich so schlecht motivierte Mahnung des Fürsten Bülow zu größerer Sparsamkeit, ist, an die Volksmassen gerichtet, ein Verlangen, dessen Erfüllung die schönsten Steuerpläne des Herrn Sydow zu nichte machen würde. Daß es aber Stellen gibt, wo sehr wohl gespart werden könnte und daß deshalb Bülows Mahnung an die falsche Adresse gerichtet war, sehen selbst sehr „gutgesinnte“ Blätter ein. So schreibt z. B. die freikonservative „Post“:

„Wenn man den Ursachen der luxuriösen Entwicklung der Lebensführung und Lebensansprüche weiter Kreise unserer Bevölkerung und des Wirtschaftens aus dem Vollen in unseren Staats- und Kommunal-Finanzverwaltungen nachgeht, wird man erkennen, daß zu dieser Entwicklung die Neigung zur Prachtentfaltung, zu äußerem Gepränge und zur Nichtachtung der finanziellen Konsequenzen an der höchsten Stelle nicht unwesentlich beigetragen hat. Die Meinung ist sogar vielfach verbreitet, daß die Hauptquelle mancher entbehrlichen Ausgaben in der Heeres- und Marine-Verwaltung in der Kommandogewalt zu suchen ist. Soll in der Tat eine wirksame Besserung in bezug auf die Ausgabenseite unserer Privat- und Staats-Wirtschaften herbeigeführt werden, so wird vor allem gerade an der obersten Stelle mit gutem Beispiel voranzugehen und wieder in die Bahnen einzulenken sein, welche Kaiser Wilhelm I. auch in den Zeiten der Kaiserherrlichkeit so sorgsam innezuhalten wußte.“

In der Tat könnte auf dem benannten Gebiete gar vielerlei gespart werden. Mehr aber noch, wenn man nicht den Militarismus und Marinismus an sich als Rührmichnichtan betrachten würde. Aber hier grundsätzlich Wandel zu schaffen durch Aenderung des Systems, dafür sind natürlich auch die heutigen Nörgler nicht zu haben.

Protest gegen die Steuerpläne.

Der Vorstand des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter ruft die Gas- und Elektrizitätsvertreter zum Protest gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer auf, durch welche die schon jetzt ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiterkategorien noch weiter herabzudrücken geeignet sei. „Durch Einführung dieser Steuer würde die Ausbeutung der Gas- und Elektrizitätsarbeiter noch schrankenloser und willkürlicher werden, wie sie ohnehin schon ist. Bei solchen Aussichten dürfen wir nicht tatenlos bleiben, wollen wir nicht Mitschuldige an der Verschlechterung des Daseins unserer Kollegen werden. Wer die Lage der Gas- und Elektrizitätsarbeiter von noch weiteren Beeinträchtigungen schützen und ihr Ringen um bessere Existenzen nicht noch mehr erschweren will, erhebe mit uns Protest gegen die kulturfeindliche Gas- und Elektrizitätssteuer. Bekämpfen wir doch mit unserem Protest nicht allein die jeden Fortschritt hemmende Steuer an sich, sondern auch ihre unausbleiblichen Begleiterscheinungen, die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen.“

Auch der Verband der Detailgeschäfte der Textilbranche in Berlin hat sich gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer und außerdem gegen die Inseratensteuer in einer Erklärung nachdrücklich ausgesprochen.

Gegen die Inseratensteuer hat auch der Verein „Berliner Presse“ Stellung genommen durch Annahme folgender Resolution: „Der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über die Anzeigensteuer bedroht das Zeitungswesen mit der Auferlegung technisch unausführbarer Verpflichtungen. Der Entwurf vernichtet den der deutschen Presse durch das Preßgesetz vom Jahre 1874 verbürgten Schutz vor jeder anderen als der Gewerbesteuer. Die Anzeigensteuer schädigt durch ihre finanziellen Wirkungen die Presse durch Erschwerung ihrer Kulturaufgabe. Sie ist geeignet, durch die Hineindrängung verkappter Reklame in den redaktionellen Teil die gesunden moralischen Grundlagen zu untergraben, auf denen sich die Presse in Deutschland bisher entwickelt hat. Der Verein „Berliner Presse“ erwartet daher vom deutschen Reichstage, daß er dem Gesetzentwurf die Zustimmung versagen werde.“ Der Vorstand wurde beauftragt, dem Reichstage von diesem Beschlusse unter näherer Begründung Mitteilung zu machen.

Gegen die Tabaksteuervorlage der Reichsregierung protestierte kürzlich in Plotho eine große Versammlung von Zigarrenarbeitern und -Fabrikanten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt, daß der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf einer Tabakverbrauchssteuer im Falle seiner Annahme einen völligen Ruin der westfälischen Zigarrenindustrie herbeiführen würde. Die städtischen und ländlichen Gemeinden Minden-Ravensberg, deren Steuerkraft von der Erhaltung der Zigarrenindustrie abhängig ist, würden durch deren Vernichtung aufs schwerste betroffen werden.

Am Donnerstag Abend fand in Berlin eine imposante Versammlung aller Interessenten der Tabakbranche statt, um gegen die Zigarren-Banderolesteuer Stellung zu nehmen. Nach Referaten des Syndikus Rechtsanwalt Dr. Jonas und des Vorsitzenden des Deutschen Zigarrenhändler-Bundes, Otto Schulz, sowie nach einer anregenden Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die auf das entschiedenste Verwahrung gegen die steuerliche Mehrbelastung der Tabakbranche durch den Banderolensteuer-Gesetzentwurf einlegt. Zur Begründung wird auf den voraussichtlichen Konsumsrückgang, insbesondere auf die Schädigung der überwiegend dem Mittelstand angehörenden Kleingewerbetreibenden und Händler hingewiesen. „Die Banderolensteuer muß diese bedenklichen Folgen in verschärftem Maße hervorrufen, den Uebergang zu einem in wenigen übermächtigen Händen konzentrierten Großbetriebe bewirken, zugleich aber durch Herbeiführung des Marken- und Reklamewesens die große Zahl der Kleinhändler der wirtschaftlichen Selbständigkeit berauben und zu Trafikanten herabdrücken, wie sie in den Monopol- und Regieländern bereits ohne Fach- und Sachkenntnis tätig sind.“

Zur Branntweinsteuervorlage haben die ringfreien Spritfabriken in einer Versammlung zu Berlin, die aus allen Teilen Deutschlands besucht war, eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Wir erblicken in dem vorliegenden Entwurf die einseitige Bevorzugung der Spirituszentrale, insbesondere einiger in derselben dominierenden Firmen, deren Einfluß auf die Gestaltung vieler wichtiger Paragraphen unverkennbar ist. Unsere Verhältnisse sind von denen der Spirituszentrale so grundverschieden, daß ein näheres Eingehen auf dieselben unerläßlich ist, es müssen deshalb auch diejenigen Firmen unter uns, welche einem Staatsmonopol prinzipiell nicht unfreundlich gegenüberstehen, den vorliegenden Gesetzentwurf insolange entschieden zurückweisen, bis unsere berechtigten Interessen gebührende Berücksichtigung gefunden haben.“

Bürgerstolz vor Königsthronen.

In Berlin fand heute die Hundertjahrfeier der preußischen Städteordnung statt. Oberbürgermeister Kirschner wußte bei dieser Gelegenheit nichts Besseres zu tun, als eine Rede im echten Byzantinerstil zu halten, die schloß mit dem Gelübde, daß die Bürgerschaft auch künftig in guten und in schweren Zeiten mit allen Kräften unabläßig bemüht sein werde, in unwandelbarer Treue und Hingabe an das Vaterland und an das angestammte Königshaus sich des Vertrauens des Kaisers würdig zu zeigen.

Die eigentliche Festrede hielt Bürgermeister Dr. Reicke. Er entwarf eine Charakteristik des Begründers der Städteordnung, Freiherrn Karl vom Stein. Stein ist, so führte Reicke aus, unser geistiger Städtebauer, ohne dessen Tatkraft, namentlich die deutschen Städte, nicht die mächtigen Pfeiler eines mächtigen gesunden Staates geworden wären. Wenn bereits seine Zeitgenossen in ihm den Retter des Vaterlandes sahen, wenn er in Deutschland der politische Martin Luther genannt wurde, so erwecke in uns dies das Bild eines Mannes, in dem eine große starke Idee flammte. Diese Idee sei die Entwicklung des Gemeingeistes gewesen. Stein wollte die ganze Masse der in der Nation vorhandenen Kräfte auf die Besorgung ihrer öffentlichen Geschäfte lenken. Der feste Grundstein, den er legte, heiße Selbstverwaltung. Wenn die Städte heute den hundertsten Geburtstag der Städteordnung festlich begehen und sich dabei der Teilnahme der Regierung und sogar der des Staatsoberhauptes erfreuen dürfen, so sind sie sich bewußt, diese Teilnahme nicht für eine rein häusliche Feier in Anspruch zu nehmen. Denn den Anlaß der Feier gibt der Triumph einer Idee, die in Wahrheit die Keimzelle unserer ganzen modernen Städteverfassung geworden ist. Auf zwei grundlegenden Gedanken beruhte die schöpferische Wirkung der Städteordnung. Der eine ist der Kampf gegen die Bureaukratie, der andere ist die Heranziehung des Laienelements, des Bürgers im Gegensatz zum Beamten. Stein ist es gewesen, der die deutsche Idee dem neuen Preußen in die Wiege gelegt hat. Von ihm geht eine Fluthbewegung aus, die Bismarck getragen und in den Hafen geführt hat. Er war eine politisch-moralische Kraft, die Begeisterung und Mut zur Durchsetzung großer Ziele ausstreute. Es komme sein Geist über uns alle!

Das möchte man dem deutschen Bürgertum im allgemeinen und dem Berliner im besonderen wünschen.

Bei der Feier hielt auch Wilhelm II. eine Rede, von der das Wolffsche Bureau bezeichnenderweise ausdrücklich bemerkt, daß sie ihm vom Reichskanzler übermittelt sei. Sie lautete:

„Mein verehrter Herr Oberbürgermeister! Es war mir eine besondere Freude, durch Ihre Einladung Gelegenheit zu erhalten, an der heutigen Feier des hundertjährigen Bestehens der Steinschen Städteordnung teilzunehmen und unter den Bürgern meiner Haupt- und Residenzstadt zu weilen. Ihren Worten über die Bedeutung dieser Städteordnung für unser Vaterland stimme ich aus voller Ueberzeugung zu. Der mit der Gewährung der Selbstverwaltung von meinem Ahnen seinem Volke gegebene Beweis des Vertrauens und der damit verbundene Appell an die geistige und sittliche Kraft des Bürgertums haben reiche Früchte gezeitigt. Echtes Gold wird klar im Feuer — das echte Gold deutscher Treue und Tüchtigkeit, welche die Bürgerschaft der preußischen Städte erfüllen, ist im Feuer der Befreiungskriege geklärt und in hundertjähriger ernster opferfreudiger Arbeit für das Gemeinwohl bewährt. Diese Erkenntnis gibt mir die Zuversicht, daß die preußischen Städte, und ihnen voran meine Haupt- und Residenzstadt Berlin, auch in Zukunft die großen Aufgaben kommunalen und staatlichen Vorwärtsschreitens in Treue, Gewissenhaftigkeit und Kraft erfüllen werden. Und weiter hege ich das feste Vertrauen, daß das Band der Treue und Zuneigung, welches in unserem Vaterlande von Alters her König und Bürgerschaft, Fürst und Volk so eng verbindet, sich immerdar als unzerreißbar erweisen wird. Wenn nach den Worten des Preußenliedes nicht immer heller Sonnenschein leuchten kann und es auch trübe Tage geben muß, so sollen aufsteigende Wolken ihre Schatten niemals trennend zwischen mich und mein Volk werfen. Zur Erinnerung an die heutige Feier und als Zeichen meines Wohlwollens habe ich der Stadt Berlin mein Bild verliehen, welches Ihnen später zugehen wird. Gott schütze meine Haupt- und Residenzstadt Berlin.“

Für die Berliner Freisinnigen werden nun wohl alle „Schatten“ der letzten Wochen beseitigt sein.

Das Automobilgesetz.

Unter Führung des von Wilhelm II. protegierten kaiserlichen Automobilklubs haben die Pfleger des Protzensports sich zum Protest gegen das geplante Automobilgesetz, das die Haftpflicht der Automobilbesitzer für angerichteten Schaden regeln soll, zusammengetan. Die Herrschaften wollen sich das Privilegium, die Landstraße unsicher zu machen, nicht durch Ansprüche an ihren Geldbeutel beeinträchtigen lassen. Es ist erfreulich, daß demgegenüber die Presse, vielleicht mit Ausnahme einiger Sportblätter, einig ist gegen den Automobilunfug. Sogar die „Kreuz-Ztg.“ nimmt entschieden Stellung gegen das Unwesen und bedauert, daß dagegen nicht schon früher vorgegangen werden sei und auch die neue Gesetzesvorlage noch die wünschenswerte Schärfe vermissen lasse. In einer Zuschrift an das Blatt wird von der steigenden Verbitterung gegen die Automobilraserei gesprochen und gesagt:

„Es ist wahrlich nur geeignet, diese Verbitterung — wenn es möglich wäre — noch zu steigern, wenn man es im Gegensatze zu der österreichischen Gesetzgebung bei uns unternimmt, dem Reichstag einen Entwurf vorzulegen, in welchem unter Durchbrechung aller sonst geltenden und allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze der Anspruch des Verletzten nicht von der Höhe seines Schadens, sondern von willkürlich normierten Höchstbeträgen begrenzt wird: eine einseitige Begünstigung der Schuldigen, regelmäßig der Hohen und Reichen, und eine durch nichts zu rechtfertigende Rechtlosstellung des unschuldig Verletzten, für die es schwer sein dürfte, in der Geschichte der Gesetzgebung aller Zeiten ein Gegenstück zu finden.“

Dazu bemerkt die Redaktion: „Wir geben dieses Stimmungsbild hier wieder, weil es ohne Zweifel die Ansicht weitester Kreise unseres Volkes wiederspiegelt. Wenn nach der Begründung der amtlichen Vorlage die Zahl der Unfälle sich in demselben Verhältnisse vermehrt wie die Zahl der Fahrzeuge, wenn in dem Jahre vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 in Berlin auf je 100 Kraftfahrzeuge mehr als 106 Unfälle gekommen sind, so zeigt das, daß Polizei und Gesetzgebung ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden sind. Die Rücksicht auf Leib und Seele der Bevölkerung muß unbedingt mit der Rücksicht auf die Entwicklung eines aussichtsreichen Verkehrsmittels und auf die Automobilindustrie mehr in Einklang gebracht werden, mag man auch zugeben, daß ganz ohne menschliche Opfer umstürzende Verkehrsneuerungen dieser Art sich leider nicht durchführen lassen. Es ist im Vergleiche zu früher kein Ruhmestitel der heutigen Gesetzgebung, daß sie dieser Materie immer noch nicht Herr geworden ist. Im Dezember 1835 wurde die erste deutsche Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth eröffnet, im Jahre 1838 die erste preußische Eisenbahn von Berlin nach Potsdam, und schon vom 3. November desselben Jahres datiert das musterhafte preußische Eisenbahngesetz, das, ein Denkmal vorausschauender Gesetzgebungskunst, in allen seinen wesentlichen Teilen noch jetzt besteht. Damals hat man es nicht für erforderlich gehalten, für die Regelung der Schadenersatzpflicht erst die Statistik der Verunglückungen abzuwarten. Man hat auch in der damaligen kapitalarmen Zeit nicht geglaubt, die Lebensfähigkeit der mühsam fundierten Eisenbahngesellschaften zu unterbinden, wenn man sie in Bezug auf die Höhe von Schadenersatzansprüchen dem gemeinen Rechte des Landes unterwarf. Mögen die Beratungen im Reichstage dazu führen, die gesetzliche Regelung des Automobilverkehrs nun endlich zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Wir glauben, das entspricht auch dem Interesse des Automobilwesens selbst, denn eine weitere Hinauszögerung würde nur dazu führen, die dem Automobil feindliche Stimmung immer mehr zu verschärfen, und dann kann allerdings die Gefahr entstehen, daß die Gesetzgebung zu übereilten und ungerechten Schritten sich hinreißen läßt.“

Der Arbeiterinnenschutz.

Die Kommission für die große Gewerbeordnungsnovelle setzte am Freitag die zweite Lesung fort.. Von konservativer und nationalliberaler Seite wurde beantragt, bei besonderer Häufung der Arbeit Ausnahme über die vorgeschriebene Arbeitszeit für Arbeiterinnen an 60 Tagen im Jahr zuzulassen. Die Kommission hatte, einem sozialdemokratischen Unterantrag entsprechend, solche Ausnahmen auf 40 Tage im Jahr beschränkt. Unsere Genossen nahmen ihren Hauptantrag aus der ersten Lesung wieder auf, die Ausnahmen nur an 30 Tagen zu gestatten. Es wurden jedoch sowohl die Anträge unserer Genossen wie die Verschlechterungsanträge abgelehnt, obwohl für letztere die Regierungsvertreter entschieden eintraten.

Nach § 199 a ist der Bundesrat ermächtigt, eine Reihe von Ausnahmen zuzulassen für Gewerbezweige, in denen die Verrichtung der Nachtarbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen dringend erforderlich erscheint. Dazu soll nach der Regierungsvorlage auch die elfstündige Ruhezeit der Arbeiterinnen gehören; nach dem Kommissionsbeschluß erster Lesung sollen hierbei Ausnahmen nicht zulässig sein. Hiergegen erhob der Vertreter der braunschweigischen Regierung Bedenken im Interesse der Konservenfabrikation. Den Kommissionsbeschluß erklärte er für unannehmbar. Da ein formeller Antrag noch nicht vorlag, wurde die Abstimmung hierüber bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Der Antrag unserer Genossen auf gesetzliche Sicherung eines 50prozentigen Lohnzuschlages für Ueberstunden, der wieder eingebracht ist, wurde vorläufig zurückgestellt. Bei § 154 wurde vom Zentrum folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Abänderungen der Gewerbeordnung eine Verordnung zu